

**ANFRAGE**

Des Abgeordneten Wolfgang Zanger  
und weiterer Abgeordneter

an die Bundesministerin für Bildung und Frauen

**betreffend der Follow-up-Überprüfung bzgl. der Finanzierung von  
Landeslehrern**

Der Rechnungshof kritisiert in seinem Bericht Bund 2015/12 „Finanzierung der Landeslehrer; Follow-up-Überprüfung“ die fehlende Umsetzung wesentlicher Empfehlung für eine Verwaltungsvereinfachung. Unter anderem kritisiert der RH, dass es dem BMBF noch nicht gelungen ist die Aufgaben-, Ausgaben und Finanzierungsverantwortung in einer Stelle zu bündeln.

Daher richten die unterzeichneten Abgeordneten an die Bundesministerin für Bildung und Frauen nachstehende

**Anfrage:**

1. Warum wurde die Empfehlung, darauf hinzuwirken die Aufgaben-, Ausgaben- und Finanzierungsverantwortung im Bereich der Landeslehrer in einer Hand zu bündeln nicht umgesetzt?
2. Aus welchem Grund wurde die Empfehlung, den Stellenplan für berufsbildende Pflichtschulen elektronisch zu erfassen, nicht umgesetzt?
3. Warum werden, wie vom RH gefordert, für Rückforderungsansprüche bei Stellenüberschreitungen nicht die durchschnittlichen tatsächlichen Rückforderungsansprüche herangezogen?
4. Warum wurden, wie vom RH aufgezeigt, bei verspäteten Lieferungen von Endberichten zur Durchführung des Maßnahmencontrollings bei den beauftragten Instituten auf keine Preisminderung gedrängt?
5. Aus welchen Gründen wurde keine Arbeitsgruppe zur Evaluierung der Strukturprobleme der Pflichtschulen, wie schon vom RH im Jahr 2005 gefordert, umgesetzt?



